

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint

wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags
und Freitags. — Abonnementspreis
vierteljährlich 1 Mk., durch die Post
bezogen 1 Mk. 25 Pf. — Einzelne
Nummern 10 Pf.

Inserate

werden Montags und Donnerstags
bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserationspreis
10 Pf. pro dreigespaltene
Corpuszeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

No. 44.

Dienstag, den 31. Mai

1892.

Bekanntmachung.

Das 7. Stück des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen vom Jahre 1892 enthaltend:

No. 48. Revidirte Gefindeordnung für das Königreich Sachsen, vom 2. Mai 1892,

liegt zur Einsichtnahme auf hiesiger Rathsexpedition aus.
Wilsdruff, am 27. Mai 1892.

Der Stadtrath.
Flecker, Brgmstr.

Das Befahren der hiesigen Trottoirs mit Kinderwagen sowie das Fortbewegen anderer Gegenstände auf denselben ist bei einer Geldstrafe bis zu

drei Mark

Der Bürgermeister.
Flecker.

Bekanntmachung.

Der unterzeichnete Kirchenvorstand hat beschlossen, den alten Gottesacker, so weit als es nach Lage der Dinge ausführbar ist, restauriren zu lassen. Da es dem Kirchenvorstande nicht möglich ist, mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln und Arbeitskräften die der Würde und Weihe des Ortes entsprechende Ordnung zu schaffen, so richtet er an alle Diejenigen, welche auf dem alten Gottesacker Gräber ihrer Angehörigen haben, ohne daß sie dieselben bisher gepflegt haben, die herzlichste und dringende Bitte, diese Gräber bis zu dem heil. Pflingstfeste d. J. von dem überwuchernden Unkraute und Gestrüpp zu befreien, die Grabhügel thuntlichst wieder herzustellen und ihn dann durch sorgsame Pflege vor erneutem Verfall zu bewahren. Sollte diese herzlichste Bitte, zu welcher sich der Kirchenvorstand nur im Interesse der Kirchengemeinde entschlossen hat, nicht allseitig beachtet werden, so behält er sich das Recht vor, diejenigen Gräber, welche über 20 Jahre oder als Kaufstellen über 40 Jahre alt sind, einebnen zu lassen.
Wilsdruff, den 25. Mai 1892.

Der Kirchenvorstand.
G. Flecker, Pfarrer, als Vorsitzender.

Holzauktion.

Im Gasthose zu Grillenburg sollen

Donnerstag, den 9. Juni d. J., Vormittags von 9 Uhr an

von Grillenburger Forstrevier 339 Rmmtr. ficht. Nuzknüppel, 820 Rmmtr. Brennweite, Brennknüppel und Keste, 132,60 Wellenb. und 352 Rmmtr. Reifig sowie 102 Rmmtr. w. Stöcke aus den Abthlg.: 25, 26, 29, 44, 46, 49, 50, 55—57 versteigert werden.

Speciellere Angaben enthalten die in Schankflätten und bei den Ortsbehörden der umliegenden Dörfer hängenden Plakate.

Königl. Forstrevierverwaltung Grillenburg und Königl. Forstrentamt Charandt,
am 28. Mai 1892.

Tagesgeschichte.

Der Besuch des Czaren am Berliner Hofe gilt nunmehr als beschlossene Sache. Es sollen bereits alle Einzelheiten für den Empfang des Czaren in Berlin geregelt worden sein und wird hiermit die Anwesenheit eines höheren russischen Hofbeamten in der Reichshauptstadt während der letzten Tage in Verbindung gebracht. Selbstverständlich hüllen sich die betreffenden Abmachungen noch in tiefes Geheimniß.

Der Bundesrath hat einen ihm zugegangenen Gesetzesentwurf, betr. die einheitliche Zeitbestimmung, vorherathen und dann den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Der Entwurf bestimmt, daß die gesetzliche Zeit Deutschlands die mittlere Sonnenzeit des fünfzehnten Längengrades östlich Greenwich sein soll. Durch den genannten Entwurf, der schon am 1. April 1893 als Gesetz in Kraft treten soll, wird bezweckt, die mittel-europäische Zeit auch für das bürgerliche Leben in Deutschland einzuführen.

Wie aus guter Quelle verlautet, steht der Reichskanzler dem Projekt einer Weltausstellung nicht gerade freundlich gegenüber, weil anzunehmen ist, daß sowohl Frankreich, wie Rußland, als auch die kleinen Orientstaaten, die einer Ausstellung besonderen Reiz zu geben pflegen, fern bleiben werden. Sehr unangenehm ist der Reichsregierung dagegen der Gedanke einer „Dreibundausstellung“, zu welcher nur Oesterreich-Ungarn und Italien offiziell eingeladen werden sollen, woran aber auch sonst Theilnehmen kann, wer da will. Selbstverständlich muß vorher die Ausbringung der erforderlichen Gelder gesichert sein. Die „Recht. Allg. Ztg.“ schreibt zu demselben Thema: „Welchen weiteren Verlauf die in Fluß gebrachte Idee nehmen wird, läßt sich nach nicht übersehen. Das aber hoffen wir bestimmt, es werde die öffentliche Erörterung der vorliegenden Frage dazu beitragen, für und wider so zu klären, daß die endlichen Entscheidungen, die ja mit zahlenmäßiger Beweiskraft nie werden begündet werden können, doch die Wahrscheinlichkeit für sich haben werden, daß das für das Heil Deutschlands Richtige getroffen sei.“

Oberbürgermeister von Fockenberg in Berlin ist am Vortage im Alter von 72 Jahren gestorben. Er war Mitglied des Reichstages und des preussischen Herrenhauses. Früher der nationalliberalen Partei angehörig, trat er später zu den Freiwillichen über. Er gehörte unstreitig zu den geschätztesten Mitgliedern des Reichstages, dessen 1. Präsident er lange Jahre gewesen war. Die Stadt Berlin verdankt seiner Wirksamkeit sehr viel, er hat 14 Jahre an ihrer Spitze gestanden. In der Politik hielt sich F. in den letzten Jahren sehr gern zurück.

Der Magistrat und die Stadtverordneten von Berlin veröffentlichen einen warmen Nachruf für den verstorbenen Oberbürgermeister Dr. von Fockenberg, worin die hohen Verdienste desselben um die städtische Verwaltung und die edlen Charaktereigenschaften des Verstorbenen hervorgehoben werden.

Madrid, 27. Mai. „El Correo“ meldet, der Minister-rath habe beschlossen, die Verhandlungen mit Deutschland zum Abschluß eines Handelsvertrages auf Grund der Reistbegünstigungsklausel zu beginnen.

In ausführlicher Weise berichtet der Telegraph aus Kopenhagen über den glänzenden Verlauf der gesammten Festlichkeiten anläßlich des goldenen Jubeljahres des dänischen Königspaares. Der Hauptfesttag war natürlich der 26. Mai, als der Hochzeitstag des königlichen Jubelpaares. Er wurde eingeleitet durch ein dem König Christian und seiner Gemahlin in Schloß Amalienburg von der Kopenhagener Sängerschaft dargebrachtes Ständchen. Um 10 Uhr erfolgte in der Schloßkirche im Beisein der gesammten kaiserlichen Gäste die feierliche Einsegnung des hohen Paares, worauf sämmtliche Fürstlichkeiten in glänzendem Zuge nach Schloß Amalienburg zurück zogen. Die dänischen Majestäten empfingen hier im Laufe des Tages verschiedene glückwünschende Deputationen; für jede derselben hatte der König huldvolle Worte des Dankes.

Fast zur selben Stunde, da ein Abgeordneter in der österreichischen Volksvertretung dem Dreibunde halbigen Untergang voraus sagte, hat das neue italienische Cabinet durch seinen Chef Giolitti im Parlament feierlich erklärt, daß Italien auch fernerhin unverbrüchlich am Bündniß mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn festhalten werde. Diese Erklärung rechtfertigt voll die Zuversicht, mit der man auf Seiten der Verbündeten Italiens dem Ministerium Giolitti entgegen sah, nämlich, daß dasselbe ebenfalls die Dreibundepolitik seiner Vorgänger fortsetzen würde, und auf der Apenninhalbinsel selbst wird sich gewiß allenthalben, abgesehen von dem Häuflein der Freidenkern und Ultraradikalen, nur Zustimmung zu dieser Versicherung Giolittis kundgeben. Was nun die anderen Punkte des von Giolitti entwickelten Regierungsprogrammes des neuen italienischen Cabinets anbelangt, so sind dies im Wesentlichen die folgenden: Vermeidung neuer Lasten, Reformen in allen Zweigen der öffentlichen Verwaltung, Einschränkung der militärischen Ausgaben auf das Nothwendigste. Weiter befürwortete Giolitti als nächste Arbeit der Deputirtenkammer die Berathung des Budgets, damit man ein provisorisches Budget vermeide. Alsdann soll die Berathung der Handelsverträge Italiens mit der Schweiz, Bulgarien und Egypten folgen, hierauf diejenige über die Verträge betr. die außerordentlichen mili-

tärischen Ausgaben, sowie die Erörterung der Gefehentwürfe über die öffentlichen Bauten u. s. w. in Rom und Neapel.

Palermo, 27. Mai. Bei der heutigen Enthüllung des Garibaldi-Denkmales hielt Crispi eine Rede, in welcher er sagte, der Tod Garibaldis habe eine Lücke hinterlassen, die das Volk allein ausfüllen könne. Hierzu müsse die Nation ihr Selbstbewußtsein wiedererlangen. Crispi wies sodann den Vorwurf des Größenwahnes zurück, weil er, wie Garibaldi und alle Arbeiter, an der Einigung Italiens ein mächtiges und großes Italien wollte, und schloß: „Noch harren unser große Aufgaben; wir würden nie die Demüthigung ertragen, als eine Nation von 31 Millionen für nichts zu zählen.“

Das chauvinistische Frankreich ist wieder einmal in Wallung, bemerkt die „Rein. Ztg.“ mit Rücksicht auf die bevorstehenden Feste in Nancy und fährt sodann fort: „Da Deutschland von den Hornesausbrüchen seiner Raubbarn diesmal so vollständig übertraf wird, daß die meisten Leute hier zu Lande kaum wissen werden, um was es sich handelt, da aber andererseits niemals abzusehen ist, bis zu welchem Grade der Leidenschaft derartige Bewegungen, die man dort patriotisch nennt, sich steigern, so sei vor allem der Thatbestand festzustellen. In Nancy finden an den Pflingstagen allerlei turnerische und sonstige Feste statt, denen der Präsident der Republik beizuwohnen gedenkt. Mit Achselzucken und jenem Lächeln, das den Eindruck der vollständigen „Wurfsichtigkeit“ wiedergibt, hat man in Deutschland davon Kenntniß genommen, daß die Herren Studirenden der Facultät Nancy bei ihren Einladungen der Commilitonen aller Länder betont haben, daß deutsche Studenten nicht eingeladen würden. Die Nancyer Studenten haben dadurch der Nothwendigkeit vorgebeugt, daß sie sich eine dankende Ablehnung der deutschen Genossen zuzogen, denn bei dem derzeitigen Barometerstand des Chauvinismus in Frankreich würde eine Theilnahme der deutschen Studenten an jenen Festen eine Gefahr gewesen sein, für die friedliebende deutsche Staatsbürger die Verantwortung nicht übernehmen können. Daß gewisse Bewohner Elsaß-Lothringens nicht so friedliebend und nicht gewillt sind, dieser Gefahr aus dem Wege zu gehen, haben sie vor etwa Jahresfrist bewiesen, als einige Elsaßer ausgewiesen wurden, weil sie an einer deutsch-feindlichen Kundgebung auf französischem Boden Theil genommen hatten. Aber auch die Bewohner der Reichslande sind deutsche Staatsbürger, sie sind deshalb in deutschen Zeitungen darauf aufmerksam gemacht worden, daß für sie kein Raum mehr auf deutschem Boden sein würde, falls sie sich in Nancy an chauvinistischen deutschfeindlichen Organi mitbegehrten. Das sind die That-sachen. Wenn die Franzosen sie jetzt zu verdrehen und zu ent-